

Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre!

Von
Tristan Abromeit

6. März 2008

Text 59.4

Anhang II

Nachrichten der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 6. März 2008

Steuerfahnder erfolglos im Kampf gegen Schwarzarbeit

Bundesrechnungshof: Erhoffte Einnahmen für den Staat bleiben aus

VON BERND KNEBEL

Berlin. Die verstärkten Bemühungen des Staates zur Bekämpfung der Schwarzarbeit laufen ins Leere: Der Bundesrechnungshof beklagt, dass die derzeit eingesetzten 6300 Schwarzarbeitfahnder nur einen kleinen Bruchteil der erwarteten Mehreinnahmen für den Staat einbringen. Von dem erhofften Milliardenbetrag könne keine Rede sein. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfer erweist sich das 2004 beschlossene Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz als totaler Fehlschlag. Es hat offenbar auch keine abschreckende Wirkung: „Eine Verringerung der Schwarzarbeit ist bisher nicht nachgewiesen“, schreiben die Rechnungsprüfer.

Nach dem Skandal um Steuerhinterziehung von reichen Deutschen in Liechtenstein wird verstärkt die Schwarzarbeit als „Steuerhinterziehung des kleinen Mannes“ beklagt. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, fordert etwa größere Anstrengungen zur Bekämpfung

der Schwarzarbeit. Durch illegale Beschäftigung gingen zwei bis drei Millionen reguläre Arbeitsplätze verloren, sagt Weise.

Offiziell sind den Sozialversicherungen durch Schwarzarbeit zum Beispiel im Jahr 2005 und im ersten Halbjahr 2006 Schäden in Höhe von 402 Millionen Euro entstanden. Davon seien gerade einmal fünf bis zehn Prozent durch die Steuerfahnder wieder eingetrieben worden, schreibt Rechnungshofpräsident Dieter Engels. Auch von den Steuerausfällen in Höhe von 167 Millionen Euro in diesem Zeitraum „dürften höchstens zehn Prozent kassenwirksam ausgeglichen“ worden sein.

Die Schwarzarbeitsengreifgruppe beim Zoll kommt den Steuerzahler zugleich teuer zu stehen: Einrichtung und Betrieb der Gruppe kosteten allein im Jahr 2005 rund 355 Millionen Euro. Bei vollständiger Besetzung mit 6651 Arbeitskräften werden es sogar 416 Millionen Euro sein.

Das Gesamturteil des Bundesrechnungshofes fällt vernichtend aus: „Nach fast vierjähriger Verfolgungs- und Ahndungsaktivität kann das Bundesministerium der Finanzen auch heute noch keine konkreten Aussagen über die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes für die Schwarzarbeitsbekämpfung machen.“ Ermittelte Schäden oder festgesetzte Bußgelder „führen nur in vergleichsweise geringem Umfang zu Einnahmen“. Der Gesetzgeber könne „nicht davon ausgehen, dass Schwarzarbeit an Attraktivität verloren hat“.

Vorwürfe gehen auch in Richtung der Krankenkassen, die zentralen Einzugsstellen der Sozialversicherungsbeiträge: Prüfungen des Bundesrechnungshofes hätten gezeigt, dass die gesetzlichen Krankenkassen nur zögerlich auf sichergestellte Vermögenswerte zugegriffen und mithilfe der Justiz gesichert hätten.

► Kommentar

Seite 2

SCHWARZARBEIT

Erfolglos

Der Bekämpfung der Schwarzarbeit haben sich alle Bundesregierungen seit 1957 verschrieben. Den jüngsten Gesetzentwurf dazu hat jetzt der Bundesrechnungshof unter die Lupe genommen – und das Ergebnis ist niederschmetternd: Die mehr als 6000 Mitarbeiter starke Sondertruppe der Finanzbehörden kostet die Steuerzahler fast eine halbe Milliarde Euro im Jahr. Aber statt der erwarteten Mehreinnahmen von einer Milliarde tröpfeln nur ein paar Millionen in die Staats- und Sozialkassen.

Schwarzarbeit ist die Steuerhinterziehung des kleinen Mannes. Sie muss ebenso energisch bekämpft werden wie die Steuerhinterziehung im großen Stil via Liechtenstein. Die Frage ist nur, ob die Proportionen stimmen. Auf der Jagd nach Schwarzarbeitern und ihren Auftraggebern sind täglich Tausende unterwegs mit magerem Erfolg, während gleichzeitig die Steuergewerkschaft einen hanebüchenern Mangel an Steuerfahndern auf der Suche nach den großen Fischen anprangert.

Wenn das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz wirkungslos geblieben ist, liegt das weniger am Willen der Kontrolleure, als vielmehr am schlechten Konzept. Es muss überarbeitet werden. Allein mit Strafen und Verfolgung wird aber weder der Schwarzarbeit noch der Steuerhinterziehung ganz beizukommen sein. Eine einfachere und als gerecht empfundene Besteuerung sowie geringere Sozialabgaben sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung des Betrugs an der Gesellschaft.

BERND KNEBEL

Neue Sorgen um die Mittelschicht

Berlin (ap). Die Mittelschicht in Deutschland ist dramatisch geschrumpft. Zwischen 2000 und 2006 sank ihr Anteil an der Bevölkerung von 62 auf 54 Prozent. Dies entspricht einem Rückgang von 49 auf 44 Millionen Menschen, wie eine jetzt veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ergab. Ein neues Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung zeigt zudem, dass der aktuelle Konjunkturboom an Arbeitnehmern bislang vorbeigegangen ist.